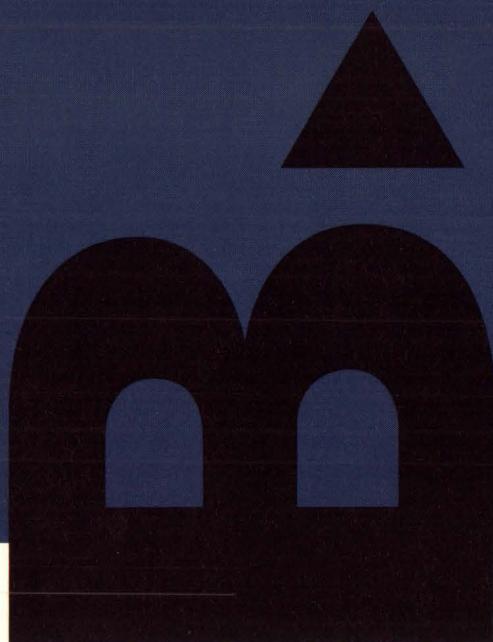


aktuell



Entschließung des BIBB-Hauptausschusses zum aktuellen Ausbildungstellenmarkt



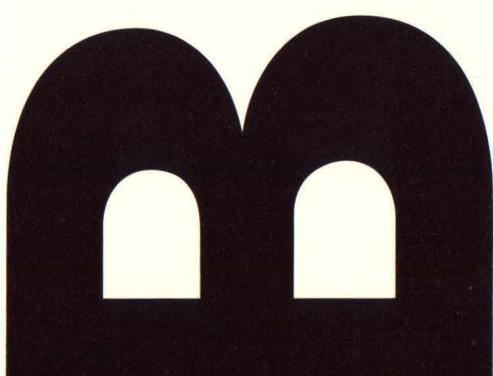
BIBB informiert über Starthilfe bei Verbundausbildung

Modellversuch zur Entwicklung berufsübergreifender Handlungskompetenz

Nachholen von Berufsabschlüssen durch berufsbegleitende Nachqualifizierung



BIBB erhält Weisung zur Neuordnung von 14 Ausbildungsordnungen



Meldungen
Tagungsberichte
Veranstaltungshinweise
Personalien

Entschließung des BiBB-Hauptausschusses zum aktuellen Ausbildungstellenmarkt

Der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung hat sich am 20./21. Juni mit der aktuellen Lage auf dem Ausbildungstellenmarkt befaßt. Nach den neuesten Arbeitsamtdaten bot die Wirtschaft Ende Mai 1995 im Westen im Vergleich zum Vorjahr 57.000 Ausbildungsplätze weniger an, während es gleichzeitig 20.000 Bewerber mehr gab. Im Osten stieg das Ausbildungspotenzial zwar um 1.200 Plätze, zugleich wurden jedoch 21.500 mehr Anfragen registriert. Um die dort noch freien 72.600 Ausbildungsplätze bewerben sich 170.000 Jugendliche.

Der Hauptausschuß begrüßt das Engagement der Bundesregierung und des Bundeskanzlers, mehr Ausbildungsplätze in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Bereich zur Verfügung zu stellen. Er bezweifelt jedoch, daß Appelle und Zusagen der Wirtschaft zu einem ausreichenden Angebot führen. Vielmehr müßten angesichts des komplexen Sachverhalts die Ausbildungspotenzialprobleme grundsätzlich gelöst werden. Der Hauptausschuß hatte deshalb bereits in seiner Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts der Bundesregierung im März 1995 gefordert, für die betriebliche Berufsausbildung eine Finanzierungsregelung zu schaffen,

- die sie unabhängiger von konjunkturellen Schwankungen sowie von sektoralem und regionalen Ungleichgewichten macht,
- die zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze in ausreichender und auswahlfähiger Anzahl schafft,
- die die Ausbildungsqualität, die zur Sicherung des Standortvorteils Deutschland beiträgt, verbessert und die Umsetzung weiterentwickelter Ordnungsmittel garantiert und
- die zur gleichmäßigen Kostenbelastung aller Betriebe beiträgt und somit Wettbewerbsverzerrungen zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben aufhebt.

Der Hauptausschuß empfiehlt, die besonders schwierige Situation in Ostdeutschland auch 1995 durch gemeinschaftliche Initiativen des Bundes und der ostdeutschen Länder einschließlich ganz Berlins zu entlasten. Vorrang müsse dabei die Schaffung betrieblicher Ausbildungsplätze haben. Außerdem sollte von der Bundesregierung ein Konzept vorgelegt werden, daß die Hauptausschußforderungen aufgreift und die nächsten Schritte zur Problemlösung darlegt.

In einem Minderheitsvotum der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeberorganisationen im Hauptausschuß wird darauf hingewiesen, daß nach Kammerumfragen sich eine positive Tendenz beim Abschluß neuer Lehrverträge ergibt:

- im Bereich der IHK'n ein Plus von 1,8 % in Westdeutschland und 15,8 % in Ostdeutschland;
- im Bereich des Handwerks eine Steigerung von rd. 5 % (West) und rd. 10 % (Ost).

Die von der Wirtschaft ergriffenen Maßnahmen zeigten somit erste positive Auswirkungen, die Aktionen würden fortgesetzt, wobei insbesondere in Ostdeutschland davon ausgegangen werde, daß noch zahlreiche Ausbildungsbetriebe gewonnen werden könnten. Insbesondere der intensive Einsatz von Ausbildungspotenzialen werde sich dabei positiv auswirken. Angesichts der sehr hohen Bewerbernachfrage in Ostdeutschland - so der weitere Wortlaut der Arbeitgeberstellungnahme - sollten Bund und Länder ein Mobilitätsprogramm für Lehrstellenbewerber auflegen, das sich an dem entsprechenden Programm des Landes Sachsen orientieren könnte. Außerdem sollten die Möglichkeiten der Verbundausbildung noch stärker ausgeschöpft werden. Ob darüber hinaus noch ein Programm zur Förderung außerbetrieblicher Ausbildung erforderlich sei, könne zur Zeit noch nicht entschieden werden. ▶

aktuell

BiBB informiert über Starthilfe bei Verbundausbildung

Die äußerst unbefriedigende Versorgung junger Menschen mit Ausbildungsplätzen - vor allem in den ostdeutschen Bundesländern erfordert eine erhebliche Steigerung der Ausbildungsbeteiligung. Um für die Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu werben, hat das Bundesinstitut für Berufsbildung kürzlich ein **aktuelleres Informationspaket** über Sinn und Zweck der Verbundausbildung herausgegeben. Es informiert interessierte

Betriebe und Bildungsträger umfassend über die Möglichkeiten des Ausbildungverbunds, der kurzfristig Lösungsmöglichkeiten bietet, ohne dabei ein „Angebot zweiter Wahl“ zu sein: Der Ausbildungsvorstand ist nicht nur eine Hilfe zur Lösung quantitativer Probleme auf dem Ausbildungstellenmarkt, sondern eröffnet in hohem Maße qualitative Chancen für Betriebe und für Auszubildende.

In dem zentralen Teil dieses Informationspaketes, dem sog. **Multiplikatorenband**, werden die wesentlichen Gründe, die für diese kooperative Organisationsform der betrieblichen Berufsausbildung sprechen, sowohl aus der Sicht der Betriebe als auch der Sicht der Auszubildenden ausführlich erörtert. Die „Philosophie“ der Verbundausbildung und die konkreten Verbundmodelle werden in dem Multiplikatorenband ebenso detailliert beschrieben wie die erforderlichen Planungsunterlagen, Förderrichtlinien, Musterverträge sowie Argumentationshilfen bzw. Hilfen zur Durchführung von Informationsveranstaltungen dargestellt und erklärt werden.

In drei ergänzenden, adressaten spezifischen **Broschüren** werden die

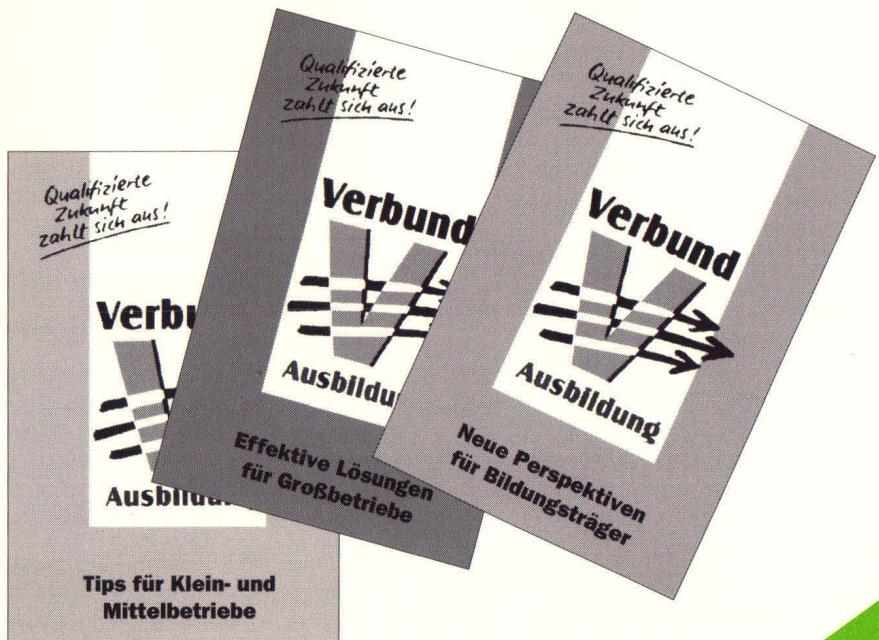
- Inhaber und Geschäftsführer von kleinen und mittleren Unternehmen
- die Ausbildungsleitungen von größeren Betrieben
- sowie die Geschäftsführungen und pädagogischen Leitungen von außerbetrieblichen Bildungsträgern

direkt angesprochen. Die Broschüren bieten aus der jeweiligen Sicht Argumentationslinien und entsprechende Vorschläge zur Beteiligung dieser Betriebe bzw. Einrichtungen an einem Verbund.

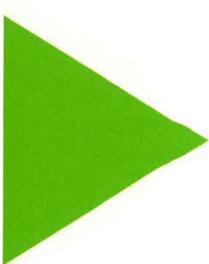
Verschiedene Formen der Zusammenarbeit ausbildender Betriebe bestehen bereits seit längerem. In den westdeutschen Bundesländern wurde die Verbundausbildung zu Beginn der achtziger Jahre entwickelt, um der steigenden Zahl von Absolventen aus den allgemein bildenden Schulen ausreichend Ausbildungsplätze anzubieten. Mit dem berufsbildungspolitischen Durchbruch bei der Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe hat sich dann eine Akzentverschiebung ergeben von der vordringlichen Lösung des quantitativen Problems hin zu einer Qualitätsverbesserung durch Ausbildung an hochwertigen Ausbildungsplätzen im zwischenbetrieblichen Verbund.

Die Möglichkeit, mit anderen Betrieben oder Bildungseinrichtungen gemeinsam auszubilden, wird vom Gesetzgeber in § 22 Absatz 2 des Berufsbildungsgesetzes ausdrücklich befürwortet. „Eine Ausbildungsstätte“, so die gesetzliche Regelung, „in der die erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten nicht in vollem Umfang vermittelt werden können, gilt als geeignet, wenn dieser Mangel durch Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte behoben wird“. Verbundausbildung in Betrieben mit unterschiedlichem technischen und wirtschaftlichen Know-how erweist sich also als eine Möglichkeit, flexibel auch auf Qualifikationsanforderungen von morgen vorzubereiten und damit eine zukunftssichere Berufsausbildung anzubieten. Sie stellt ein Potential zur Verbesserung der Qualität beruflicher Bildung dar, das bislang noch nicht erschöpfend genutzt wird. Erfahrungsgemäß zeigen die Auszubildenden eine große Bereitschaft, ihre Ausbildung in unterschiedlichen Betrieben und in wechselnden Formen der Arbeitsorganisation zu absolvieren. Unabhängig von der Branche und der Betriebsgröße bietet diese Kooperationsform der Berufsausbildung vielfältige Anregungen, die auch der Qualität außerhalb des Ausbildungsverbundes dienen.

Das Informationspaket mit dem Titel „Qualifizierte Zukunft zahlt sich aus! Verbundausbildung“, „Neue Perspektiven für Bildungsträger“, „Tips für Klein und Mittelbetriebe“, „Effektive Lösungen für Großbetriebe“, „Ausbilden im Verbund“ wendet sich an Berufsberater, Ausbildungsberater, Lehrlingswarte, Ausbildungsleiter in den genannten Betrieben und Bildungseinrichtungen. Die Broschüren wurden im Bundesinstitut für Berufsbildung entwickelt von Walter Schlottau, Angelika Schmidtmann-Ehnert, Reinhard Selka und sind zu beziehen über W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 100633, 3350 Bielefeld. ◀



Modellversuch zur Entwicklung berufsübergreifender Handlungskompetenz



Selbständiges Arbeiten, geistige und berufliche Beweglichkeit und ein geschärftes Qualitätsbewußtsein sind Anforderungen, die seit einigen Jahren in allen Wirtschaftsbereichen einen immer höheren Stellenwert bekommen. Diese Entwicklung spiegelt sich wider in

- fortschreitendem Computereinsatz in Produktion und Verwaltung
- organisatorische Veränderungen (z. B. Gruppenarbeit, „lean production“ und „lean management“)
- der wachsenden Bedeutung umweltgerechten und fachübergreifenden Handelns.

Hieraus ergeben sich Konsequenzen für die Ausbildung. Gleichgültig, ob sie im kaufmännischen oder im gewerblich-technischen Bereich stattfindet, kann sie heute nicht mehr darauf beschränkt werden, fachliche Fertigkeiten und Kenntnisse einzubüren. Gebraucht wird eine breite berufliche Handlungsfähigkeit, die den Berufstätigen fachlich und persönlich in die Lage versetzt, nicht nur fachlich begrenzte Tätigkeiten, sondern auch fachübergreifende Aufgaben zu übernehmen.

Um in der kaufmännischen und in der gewerblich-technischen Berufsausbildung ein Konzept zur integrierten Entwicklung berufsübergreifender Handlungskompetenz zu erarbeiten, führt die Körber AG, Hamburg, seit März 1993 in Zusammenarbeit mit dem Institut für berufliche Bildung und Unternehmenskultur, Gröbenzell und Hamburg, einen Modellversuch durch. Unter den speziellen Bedingungen von Klein- und Mittelbetrieben

sollen Wege zur Überschreitung bestehender Berufsgrenzen erkundet und Lernen und Arbeiten enger miteinander verknüpft werden.

Durch den Modellversuch sollen die Ausbildungsorganisation und die bisher angewandten Methoden überprüft und verändert werden, damit Auszubildende

- anstehende Aufgaben sehen und selbstständig anpacken,
- lernen, ihre Arbeit selbst zu planen und zu organisieren,
- lernen, sich den notwendigen Einblick in benachbarte Fachbereiche und kaufmännische bzw. technische Gesamtzusammenhänge zu verschaffen und
- lernen, mit Mitarbeitern anderer Fachbereiche zu kooperieren.

Als Ergänzung zu anderen Modellversuchen, die vorwiegend in Großbetrieben durchgeführt werden, will man hier bewußt die Lernmöglichkeiten in Klein- und Mittelbetrieben nutzen, um damit eine breitere Übertragbarkeit der entwickelten Konzepte auf andere Betriebe zu erreichen.

Weiterführende Informationen zu dem aus Mitteln des BMBF geförderten und vom BiBB fachlich betreuten Modellversuch erteilen das Institut für berufliche Bildung und Unternehmenskultur, Dr. Gerhard Herz, Augsburger Straße 31a, 82182 Gröbenzell, Tel. 08142-58200, Fax 08142-58833, Bundesinstitut für Berufsbildung, Dr. Gisela Dybowski, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Tel. 030-8643 2330. ◀

Nachholen von Berufsabschlüssen durch berufsbegleitende Nachqualifizierung

Die Situation der Ungelernten auf dem Arbeitsmarkt ist überwiegend gekennzeichnet durch niedrige Einkommen, geringe Aufstiegschancen, hohes Arbeitsplatzrisiko und unsichere Zukunftsperspektiven. In Zeiten massiven Arbeitsplatzabbaus fällt diese Gruppe immer stärker aus dem Arbeitsprozeß heraus. Auch langfristig sieht ihre berufliche Zukunft eher ungünstig aus: Nach einer Arbeitsmarktprognose bis zum Jahr 2010 werden Arbeitsplätze mit geringen Qualifikationsanforderungen verstärkt abgebaut. Schon heute ist jeder zweite Arbeitslose ohne Berufsabschluß.

Seit Januar 1995 läuft bei BBJ-Consult, Berlin, ein Modellversuch über „Differenzierte Wege zum Nachholen von Berufsabschlüssen“. Ziel ist es, junge Erwachsene ohne Berufsabschluß, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und deren bisherige Berufslaufbahn vielfach durch Mißerfolge und Abbrüche gekennzeichnet ist, berufsbegleitend nachträglich zu einem anerkannten Berufsabschluß zu führen. Hierfür wird die Möglichkeit der Externenprüfung nach dem Berufsbildungsge setz § 40, Absatz 2 genutzt.



Kernpunkt des Modellversuchs ist ein integratives Qualifizierungsmodell: Die Qualifizierung findet am Arbeitsplatz durch reale Arbeitserfahrung statt und wird ergänzt durch den Besuch von Kursen bei außerbetrieblichen Bildungsträgern. Die Qualifizierung in beiden Lernorten ist organisatorisch und curricular eng miteinander verzahnt.

Dem Arbeitsplatz als Lernfeld kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Aufbereitung der Ausbildungsinhalte erfolgt in Form von Modulen, die in praxisnahe in sich abgeschlossene Qualifizierungsbauusteine untergliedert sind und sich am Rahmenlehrplan bzw. Ausbildungsrahmenplan orientieren.

Nach erfolgreicher Absolvierung werden die jeweiligen Module und Qualifizierungsbausteine einzeln bewertet und zertifiziert und in einem „Qualifizierungspaß“ dokumentiert. Dadurch können bereits erworbene Qualifikationen auch im Falle eines Abbruchs der Maßnahme belegt werden.

Der Modellversuch hat den Abschluß Bürokaufmann/-frau zum Ziel und findet überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben statt. Die Dauer der Qualifizierung, an der insgesamt 24 Personen teilnehmen, beträgt mindestens drei, maximal vier Jahre.

Wissenschaftlich begleitet wird der Modellversuch vom Institut für Forschung, Planung, Fortbildung für Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Berlin.

Nähere Informationen: Joachim Dellbrück, BBJ Consult, Regiestelle 501/301, Telefon 030/61685-501; Prof. Dr. Helmut Lukas, Institut für Forschung, Planung, Fortbildung für Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Telefon 030/3053938, Ursula Hecker, BIBB Berlin, 030/8643-2264 ◀

BIBB erhält Weisung zur Neuordnung von 14 Ausbildungsordnungen

Die Mitwirkung an der Vorbereitung von Ausbildungs- und Fortbildungsordnungen gehört zu den zentralen gesetzlichen Aufgaben des Bundesinstituts für Berufsbildung. Das Bundesministerium für Wirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie das BIBB in verschiedenen Schreiben vom 30. Mai, 9. Juni und 13. Juni 1995 gebeten, Entwürfe zur Neuordnung der Ausbildungsordnungen von insgesamt 14 Berufen bzw. Berufsgruppen zu erarbeiten:

- Mediengestalter/-in AV-Technik
- Cutter/-in
- Formgeber/-in Kunststoff- und Kautschuktechnik, Kunststoffmechaniker/-in
- Schweißtechnik (Schweißtechnik beim Anlagenmechaniker/-in, Schweißtechnik beim Konstruktionsmechaniker/-in)
- Musikinstrumentenherstellende Berufe (Bogenmacher/-in, Geigenbauer/-in, Handzuginstrumentenmacher/-in, Holzblasinstrumentenmacher/-in, Metallblasinstrumentenmacher/-in, Zupfinstrumentenmacher/-in)

- Augenoptiker/-in
- Orthopädiemechaniker/-in und Bandagist/-in
- Speditionskaufmann/-kauffrau
- Reiseverkehrskaufmann/-kauffrau
- Tischler/-in
- Polsterer/-in
- Schornsteinfeger/-in
- Holzbildhauer/-in
- Isolierer/-in

Dazu kommen weitere Vorhaben zur Neuordnung wie z. B. Fotograf/-in, Florist/-in, Kaufmann/Kauffrau in der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft, Steuerfachangestellte/-r, Buchbinder/-in, für die die entsprechenden Weisungen bereits Anfang 1995 erteilt wurden und die bereits als Vorhaben im BIBB-Arbeitsprogramm 1995 aufgenommen worden sind. ◀

aktuell

Meldungen

Literaturdokumentation Berufliche Bildung nimmt Betrieb auf

Die 1991 vom Bundesinstitut für Berufsbildung, dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit und der Kommission Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaften ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft Berufsbildungsforschungsnetz (AG BFN) setzt sich seit ihrer Gründung intensiv dafür ein, ein Konzept für eine Literaturdatenbank Berufliche Bildung zu entwickeln. Zur Durchführung eines entsprechenden Projekts stellte das damalige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bereits 1992 Geldmittel zur Verfügung.

In einem ersten Schritt wurden die bestehenden Möglichkeiten zur Dokumentation wissenschaftlicher und Fachliteratur in der beruflichen Bildung erfaßt und analysiert. Im Ergebnis entstand der Vorschlag, eine Reihe von Institutionen mit unterschiedlichen Ausrichtungen in Forschung und Dokumentation am Aufbau einer systematischen und aktuellen Literaturdokumentation zu beteiligen; dazu gehören:

BIBB, IAB, Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung/München, Landesinstitut für Schule und Weiterbildung/Soest, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung/Pädagogische Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschul-Verbandes/Frankfurt a. M.

Als nächstes wurden die prinzipiellen Möglichkeiten geprüft, um die verfügbaren Daten zu einer gemeinsamen Datenbank zusammenzuführen und konkrete Wege und Lösungen zum Ausbau der Literaturdatenbank zu entwickeln. In der abschließenden Projektphase wurden die Voraussetzungen für den im BIBB vorgesehenen Routinebetrieb der Literaturdatenbank geschaffen. Im September 1995 wird eine Datenbank vorliegen, die ca. 20.000 Literaturnachweise zur beruflichen Bildung für den Zeitraum 1988 bis 1994 enthält. Eine aktuelle und benutzerfreundliche Bereitstellung wird dann ab 1996 möglich sein. Um jedem Interessenten einen leichten Zugang zu ermöglichen, soll es neben einem traditionellen gedruckten Informationsdienst auch die Präsentation auf CD-ROM pro Arbeit und der FiS-Bildung geben. Weitere Vorstellungen gibt es zu einem aktuellen Diskettendienst, zur Darstellung im Internet und über BIBB-Mail.

Nähere Auskünfte erteilt das Bundesinstitut für Berufsbildung, Dr. Bernd Christopher, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Tel. 030-8643 2230. ▶

Förderpreis der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

Die Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vergibt anlässlich ihres 15. Kongresses am 11. März 1996 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erneut den „Förderpreis für ausgezeichnete Arbeiten junger Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler“. Der Preis ist dotiert mit insgesamt 6.000 DM. Förderungswürdig sind Beiträge aus Fachzeitschriften und Anthologien, die seit dem 1. 3. 1993 publiziert wurden, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, welche das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und nicht habilitiert sind. Begründete Vorschläge mit sechs Exemplaren der Publikation können bis zum 30. 9. 1995 bei Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg, eingereicht werden. ▶

Umwelterziehung - eine Aufgabe der Berufsschule

Umweltrelevante Fragestellungen in unterschiedlichen Ausbildungsberufen fächerübergreifend und projektorientiert aufzuarbeiten, stand im Mittelpunkt eines Modellversuchs, den das Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, München, betreut hat. In dem kürzlich abgeschlossenen Modellversuch wurden verschiedene Ausbildungsmaterialien entwickelt, unter anderem für die Kraftfahrzeugmechaniker-Ausbildung über Vor- und Nachteile der Kfz-Nutzung unter ökologischen Aspekten sowie zur Sensibilisierung für Umweltprobleme und Umweltschutz in der Kfz-Technik. Die Materialien sind z. T. detailliert mit Folenvorlagen, Arbeitsblättern incl. Lösungen ausgearbeitet und sind als Anregungen für den Berufsschulunterricht gedacht. Sie können beim Verlag Alfred Hintermaier, Edlingerplatz 4, 81543 München, Telefon 089-651 5545, Fax 089-651 8910, bezogen werden. ▶

Tagungsberichte

Auftaktveranstaltung zum EU-Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI

Zur nationalen Eröffnungskonferenz des Berufsbildungsprogramms der Europäischen Union LEONARDO DA VINCI trafen sich am 22./23. Mai 1995 in Berlin über 400 Berufsbildungsexperten aus Bund, Ländern, Europäischer Kommission, Europa-Parlament, nationalen LEONARDO-Koordinierungsstellen sowie der Sozialpartner, Kammern, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Hochschulen. Auf der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie veranstalteten Konferenz standen neben Fragen über Inhalte und Ziele des Programms LEONARDO insbesondere Fragen der Organisation und Durchführung im Vordergrund.

Das LEONARDO-Programm faßt die früheren europäischen Berufsbildungsprogramme zusammen und hat das Ziel, die Qualität der beruflichen Bildung in Europa zu fördern und dadurch zur Leistungsfähigkeit der nationalen Berufsbildungssysteme beizutragen. Erreicht werden soll dies durch die Förderung innovativer und exemplarischer Aktivitäten in Form gemeinsamer Studien und Erhebungen, die von transnationalen Berufsbildungspartnerschaften getragen werden. Die Programmberiche richten sich auf die berufliche Ausbildung, die berufliche Weiterbildung, den Innovationstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen, berufsbezogene Fremdsprachenkenntnisse sowie auf Forschungen, Analysen und statistische Erhebungen zur beruflichen Bildung. Gefördert werden ausschließlich transnationale Aktionen, d. h. Projekte mit Partnern aus mindestens drei Ländern. Neben den 15 Mitgliedstaaten der EU steht LEONARDO auch anderen europäischen Staaten wie Island, Norwegen sowie - nach Abschluß von Assoziierungsabkommen - den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der Schweiz, Liechtenstein, Malta und Zypern offen. Zielgruppe des Programms sind Berufsschüler, Auszubildende, junge Arbeitnehmer, Studenten, Ausbilder und Lehrpersonal sowie Aus- und Weiterbildungseinrichtungen, Unternehmen und Hochschulen.

LEONARDO hat eine Laufzeit von fünf Jahren und verfügt über einen Etat von 670 Mio ECU (rd. 1,34 Milliarden DM). Für die Ausschreibung von Projekten im Jahr 1995 stehen 140 Mio. ECU (rd. 280 Mio. DM) zur Verfügung.

Mit der Durchführung der Aktionslinien des LEONARDO-Programms hat das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie mehrere Stellen betraut (vgl. BWP/BIBB aktuell, 3/1995, S. 4-5). Die Dachkoordination in Deutschland liegt beim Bundesinstitut für Berufsbildung, das auch die nationale Koordinierungsstelle für transnationale Pilotprojekte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie für Erhebungen und Analysen ist.

Weitere Auskünfte erteilt das Bundesinstitut für Berufsbildung, Koordinierungsstelle LEONARDO, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Tel. 030-8643 2260, Fax 030-8643 2637. ▲

Die Bedeutung von Umweltmanagementsystemen für die berufliche Bildung in Europa

Die im April 1995 von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschlossene „Öko-Audit Verordnung“ ist eine Verordnung, die es Unternehmen ermöglicht, sich an einem Umweltmanagementsystem und einer damit verbundenen Umweltbetriebsprüfung zu beteiligen. Die „Öko-Audit Verordnung“ bietet den Unternehmen auf freiwilliger Basis die Möglichkeit,

- umweltpolitische Zielsetzungen zu formulieren
- diese zunächst intern überprüfen zu lassen
- Zielsetzungen für eine verbesserte Umweltpolitik des Betriebs festzulegen,
- eine externe Prüfung durch einen Auditor durchführen zu lassen,
- um bei Erfolg ein Zertifikat zu erhalten.

Da durch diese Verordnung die Unternehmensleitungen aufgefordert sind, sich an dem Managementsystem zu beteiligen, ist es zugleich auch ihre Aufgabe, eine umfassende Unterrichtung der Beschäftigten sicher zu stellen und eine Qualifizierung des Personals zu gewährleisten, die den anspruchsvolleren umweltbezogenen Zielen des Unternehmens entspricht.

Die sich aus dieser Verordnung ergebenden *Auswirkungen auf die berufliche Aus- und Weiterbildung* waren Gegenstand einer internationalen, im Rahmen des PETRA-Programms ausgerichteten Fachtagung vom 15. bis 18. März 1995 in Papenburg. Unter dem Thema „Umweltmanagement, Umweltinstrumente und ihre Bedeutung für die berufliche Bildung in Europa“ trafen sich

Vertreter von 40 Projekten zur beruflichen Umweltbildung aus sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Neben der Präsentation von Umweltprojekten u. a. zur Weiterentwicklung und Förderung der beruflichen Umweltbildung in der EU, einem Kursprogramm zum Umweltschutz im Handwerk, der Konzeption teilnehmer- und handlungsorientierter Bildungslabeseminare zum Gesundheits- und Umweltschutz sowie des Stellenwerts beruflicher Umweltbildung auf Länderebene, standen vor allem *Fragen zur Bedeutung der „Öko-Audit Verordnung“* im Vordergrund:

- Insbesondere ging es um die Einschätzung dieser Verordnung, ob sie eine Möglichkeit biete, das Thema Umweltbildung in der beruflichen Bildung in Schule und Betrieb neu zu beleben. In der Diskussion zeigte sich, daß es zum Teil aufgrund der Rahmenbedingungen aber auch fehlender Motivation von Lehrkräften und Ausbildern Widerstände gäbe, Umweltbildung in die schulische und betriebliche Ausbildung zu implementieren: Auf schulischer Seite gäbe es z.B. nach wie vor strukturelle Probleme, fächerübergreifend zu arbeiten oder mit dem Stundenbudget der Lehrkräfte flexibel umzugehen. Auf betrieblicher Seite bestünden nach wie vor Vorbehalte gegen das Thema Umwelt, so z. B. daß mehr Umweltschutz den ökonomischen Interessen widerspreche.
- Eine weitere wichtige Frage war, aus welchem Anlaß Betriebe an einem solchen aufwendigen und teuren Verfahren mitmachen sollten und ob sie es sich überhaupt leisten könnten und wollten. Hierzu wurde argumentiert, daß Betriebe kundenorientiert planen und handeln müßten. Dennoch könnte sich das Image eines Betriebes durch ein Öko-Audit-Zertifikat verbessern und entscheidende Wettbewerbsvorteile bringen. Außerdem verbessere sich durch die Teilnahme an einem Umweltmanagementsystem die Haftungssicherheit des Betriebes. Ähnlich wie bei ISO 9000, könne sehr schnell ein Außendruck mit großer Eigendynamik entstehen; um z.B. an Aufträge zu kommen, müßte ein Betrieb ein Zertifikat nachweisen.

Weiterführende Informationen zu den Ergebnissen der Fachtagung erteilt das Bundesinstitut für Berufsbildung, Gudrun Laufer, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Tel. 030-8643 2457. ▲

Veranstaltungshinweise

Workshop über „Neue Qualifizierungs- und Beschäftigungsfelder“

Das Bundesinstitut für Berufsbildung und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfor- schung der Bundesanstalt für Arbeit planen am 13./14. November 1995 ein internes Arbeitstreffen. Auf der Fachtagung sollen zum einen die Entwicklung der Beschäftigung und des Qualifikationsbedarfs in Deutschland, die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs sowie Fragen zur Identifizierung von Wachstumsfeldern, insbesondere in den sog. Beratungs- dienstleistungen (Umwelt, Energie, Multimedia, Qualitätssicherung, Finanzen/Immobilien) und für die Gesundheits- und Pflegedienste thematisiert werden. Außerdem ist die Be- handlung weiterer Themen vorgesehen wie z. B. die Veränderung der Tätigkeiten in industriellen Arbeitsplätzen, der Zusammenhang zwischen Weiterbildungsaktivitäten und Qualifizierungsbedarf, Fragen des Be- schäftigungswachstums durch Neugründung von Betrieben sowie des Entstehungsprozes- ses neuer Berufe und Qualifikationen. ▲

Qualifikation '95 mit speziellen BIBB-Aktivitäten

Die internationale Fachmesse für Management und berufliche Qualifizierung, die Qualifikation '95, findet vom 19. bis 22. September 1995 in Hannover statt. Das Messepro- gramm verspricht einen Überblick über das nationale und internationale Angebot der modernen Berufsbildung und will im Hin- blick auf verstärkte technologische Investitionen den Bildungsmarkt transparent und überschaubar machen. Im Rahmen der Qualifikation '95 plant das BIBB auf seinem Mes- sestand eine Sonderpräsentation zum Thema „Umweltschutz in der beruflichen Bildung“ (BIBB-Stand: Halle 2, Stand Nr. E50). Während der vier Messestage werden die Besucher Gelegenheit haben, sich eingehend über die laufenden Modellversuche im Bereich „Umweltschutz in der beruflichen Bildung“ zu informieren. Ein ständig wechselndes Vortrags- und Videoprogramm mit anschließender Diskussion zu besonderen Aspekten des Umweltschutzes im Ausbil- dungsalltag bietet darüberhinaus die Mög- lichkeit, offene Fragen und Probleme im Ge- spräch mit den Experten zu klären.



aktuell

Informationen zum Veranstaltungsprogramm auf der Qualifikation '95: Bundesinstitut für Berufsbildung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Karen Palmowski, Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin, Telefon 030-8643 2521, Fax 030-8643 2606.

Veranstalter der Qualifikation '95 ist die Deutsche Messe AG, Messegelände, D 30521 Hannover, Telefon 0511-89 311 20/21/22/25, Fax 0511-89 32 683. ◀

▼ Personalien

Der Wissenschaftsrat ist ein wissenschaftspolitisches Beratungsgremium des Bundes und der Länder. Er hat die Aufgabe, Empfehlungen zur inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung zu erarbeiten. Politikberatung durch den Wissenschaftsrat erfolgt in praktizierter Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Staat, wobei beide Seiten gleichstark vertreten sind. Der Wissenschaftsrat hat insgesamt 54 Mitglieder, darunter 32 ehrenamtlich tätige Mitglieder der Wissenschaftlichen Kommission und 22 Mitglieder der Verwaltungskommission. In der Wissenschaftlichen Kommission werden 24 Mitglieder von den großen Wissenschaftsorganisationen und acht von Bund und Ländern (als sogenannte „Vertreter des öffentlichen Lebens“) vorgeschlagen und vom Bundepräsidenten berufen. Bundespräsident Roman Herzog hat **Dr. Hermann Schmidt**, Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung, mit Wirkung zum 1. Februar 1994 für die Dauer von drei Jahren zum Mitglied des Wissenschaftsrats ernannt. ◀

Tomas Kemp, bisheriger Leiter der Hauptabteilung 2 „Curriculumforschung“ im Bundesinstitut für Berufsbildung, ist zum 31. Mai 1995 aus Altersgründen in den Ruhestand getreten. Kemp, Diplompolitologe, war seit 1990 Leiter der Hauptabteilung 2. **Dr. Gisela Dybowski-Johannson**, Diplomsoziologin und Leiterin der Abteilung 2.1 „Lehr- und Lernprozesse in der Berufsausbildung“ sowie stellvertretende Hauptabteilungsleiterin nimmt seit dem 1. Juni 1995 kommissarisch die Leitung dieser Hauptabteilung wahr. ◀

Als Mitglied der Beauftragten der Arbeitgeber wurde **Jobst Reginald Hagedorn**, stellvertretender Abteilungsleiter „Arbeitsmarkt und Berufsbildung“ bei der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Köln, in den Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung berufen; er tritt damit die Nachfolge von Ingeborg Weegmann an, die aus Altersgründen in den Ruhestand getreten war. **Peter Wiedenroth**, Referatsleiter Berufliche Bildung bei der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Stuttgart, wurde als Mitglied der Beauftragten der Arbeitnehmer in den Hauptausschuß des BIBB berufen. Wiedenroth tritt die Nachfolge des ebenfalls aus Altersgründen aus dem Hauptausschuß ausgeschiedenen Lothar Altvater an. ◀

Impressum

BIBB aktuell

Beilage zur Zeitschrift Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis - BWP

Herausgeber

Bundesinstitut für Berufsbildung
Der Generalsekretär, Dr. Hermann Schmidt
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin und
Friesdorfer Straße 151-153, 53175 Bonn

Redaktion

Henning Bau, Karin Elberskirch, Claudia Gelbcke
Bundesinstitut für Berufsbildung
Fehrbelliner Platz 3, 10707 Berlin
Telefon 030-8643 2240/2219/2613
Telefax 030-8643 2615

Gestaltung

Hoch Drei, Berlin

Verlag

W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG
Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld
Telefon 0521-911 01 26
Telefax 0521-911 01 79

ISSN 0341-4515